



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1917

446 (24.9.1917) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-174692](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-174692)

Bunkte vorläufig bindet. Damit schloß sie dem Feinde Verlegenheiten und bezweckt die Möglichkeit von Friedensverhandlungen den Weg.

Rußland beantwortet die Papstnote selbständig.

c. Von der Schweizer Grenze, 24. Sept. (Priv.-Tel. 3 R.) Schweizer Meldungen aus Mailand zufolge berichtet Corriere della Sera aus Petersburg, die russische Regierung werde die Papstnote selbständig beantworten. Sie hat sich dabei einem kriegsfeindlichen Druß des Soldaten- und Arbeiterrates gefügt.

Italienische Beschlüsse zur Antwort der Mittelmächte.

Bern, 24. Sept. (Zürich, 24. Sept.) Die italienische Morgenpresse nimmt in der Besprechung der Antwort der Mittelmächte auf die Note des Papstes darin überein, daß die Mittelmächte das Spiel der Doppelzüngigkeit und Heuchelei beibehalten. „Giornale d'Italia“ schreibt: Man kann Männern, die den Begriff von einem freien Völker aufgebracht haben, nicht trauen. Mit der ewigen Erhöhung des Wahnsinns nach Frieden kommt man nicht weiter. Man wolle klare Bedingungen. „Messaggero“ schreibt: Deutschland und Oesterreich-Ungarn wollen mit dieser öffentlichen Darlegung ihre Untertanen überzeugen, daß die Kriegsschuld einzig der Entente zuzuschreiben ist. „Corriere d'Italia“ sagt, die Antwort verweigert wahrscheinlich die Kriegsziele in Erwartung der Abnahme des inneren Widerstandes in den Entente-Ländern. Dies geht aus den deutschen Zeitungen hervor, die in diesen Tagen von der Revolution in Italien und einer schmerzlichen Schwächung der öffentlichen Meinung Frankreichs gesprochen haben. Die Berliner Diplomaten lästeten sich aber wie die Zeitungen, deren Informationen falsch sind. Wir behalten jedoch die Hoffnung auf einen gerechten und dauerhaften Frieden bei. Wir sind überzeugt, daß Italien heute geistlich die Pflicht des Widerstandes trägt. „Tribuna“ erklärt, man weiß nicht, welche Schlüsselforderungen man aus den neuen Schriftstücken ziehen kann. Man kann höchstens daraus erkennen, daß die Anregung des Papstes das große Wunder, endlich einmal die Mittelmächte dazu zu bringen ihre Pläne und Absichten bekannt zu geben, nicht einmal ihr Anfangsstadium erreicht hat. „Corriere della Sera“ schreibt unter dem Titel „Ohne Antwort, die nicht antwortete“: Die Mittelmächte antworteten auf die wichtigsten Punkte in der Papstnote überhaupt nicht. Der Kanzler räumt die guten Absichten des Kaisers, verzicht aber von Polen, Serbien und Belgien zu sprechen. Auch über die Rechte Frankreichs, Italiens und Serbiens wird kein Wort verloren. Kaiser Karl läßt ansatzlos auf antworten, den päpstlichen Botschafter. „Napoli d'Italia“ nennt die Antwort apathisch. „Italia“ schreibt: Wenn man auch nicht zu hoffen mag, daß die Anregung des Papstes den sofortigen Frieden zur Folge haben würde, so hat man doch geglaubt, daß, falls die Antwort der Mittelmächte endlich die Kriegsziele angeben würde, diese eine Friedensabklärungsweg, wenn auch ein polemischer Natur, nicht nur ermöglicht, sondern auch unwahrscheinlich gemacht hätte, was wahrscheinlich einen bedeutenden Schritt zum Frieden bedeutet hätte. Aus der Antwort kann man leider nichts herauslesen, als eine allgemeine Zustimmung zu dem päpstlichen Beschlusse.

„Secoto“ schreibt: Niemand hat ernsthaft glauben können, die Mittelmächte werden dem Papste die neuen Friedensbedingungen bekanntgeben. Die Mittelmächte werden dies bis zu dem Tage, wo die Macht der Unfälle sie dazu zwingen wird, die Waffen niederzulegen, niemals tun. Man hat aber immerhin zweiwöchentliche Formeln erwartet, die Schriftstücke enthalten aber nur eine naive Fälschung. Deutschland, das sich im Haag immer gereizt hat, die Frage der Entlassung und des Schiedsgerichtes zu erörtern, nimmt heute dem Gedanken der Herabsetzung der Rüstungen und der Schaffung eines Schiedsgerichtes zu. Falls es dies aufrichtig meint, könnte man sagen, die westlichen Demokratien hätten einen schönen Sieg davon getragen. Von Kaiser Wilhelm, Kaiser Karl und dem Reichsführer Dr. Michaelis ausgesprochen, klingt dies aber nur äußerst grotesk.

Klare Tatsachen.

Der neue Artikel der Münchener Neuesten Nachrichten, den wir in der heutigen Mittagsausgabe veröffentlicht haben, schafft weitere Klarheit darüber, wie der Reichskanzler die Friedensentscheidung des Reichstages auffaßt. Es war ja nicht nur zu tabeln gewesen die Einseitigkeit des Friedensangebotes als solchen, sondern die fernere Einseitigkeit, daß in diesen Anerbietungen mit keinem ausdrücklichen und klaren Wort Gegenforderungen aufgestellt wurden. Was das feindliche Ausland infolge dieser Unterlassungen in die bekannte Friedensentscheidung des Reichstages hineingebracht hat und hineinbringen konnte, ist allzu bekannt, als daß es immer wieder betont werden müßte: Deutschland muß nicht nur die besetzten Gebiete räumen, sondern auch nach Esch-Bothringen und etliches andere herausgeben; der Gedanke, daß auch sie, die Feinde, etwas räumen sollten, ist ihnen bei der Verkürzung unserer Anerbietungen nie gekommen und konnte oder brauchte ihnen nach ihrer Zustimmung auch nicht zu kommen. Die Presse der Reichstagsmehrheit hat diese Deutung unserer Anerbietungen lange genug gefördert; als wir einmal vor Wochen bereits betonten, daß wir als Friedensbedingung von England unbedingt die Herausgabe der von ihm besetzten türkischen Gebiete, ferner von Sennar, der Sudabai usw. fordern müßten, sind wir von sozialdemokratischer Seite höhnisch gefragt worden, wie wir das denn zuwegebringen wollten. Wir haben ferner in den letzten Wochen recht viel von unserer Bereitwilligkeit, Belgien zu räumen, gelesen, wir haben aber nicht einen Artikel gelesen, der im gleichen Uterzuge die Aufforderung an England richtete, Bagdad zu räumen. Das Zentrum hat, wie wir vor einigen Tagen bereits hervorhoben, dann zuerst gespürt, welchen Schaden die vagen Redensarten der Friedensentscheidung des Reichstages anrichten konnten, die gerade, weil sie nach Istanbul der ersten Anerbietungen wieder als einseitige Akt erschien, die Gegenseitigkeit in aller Schärfe fordern mußte, hat — ihr eigentlicher Zweck und Sinn — nur auf die „alldeutschen“ Kriegszieleforderungen in den Worten von der Ablehnung „erzwungener Gebietsveränderungen und politischer wie wirtschaftlicher und finanzieller Vergewaltigungen“ loszuschlagen. Darum hat die Zentrumspartei in ihrer bekannten Frankfurter Entscheidung den Gedanken der Gegenseitigkeit noch nachträglich in die Friedensentscheidung des Reichstages hineingearbeitet, indem sie den Frieden nicht nur der Verhängung, sondern des Ausgleichs forderte und damit zum ersten Male in einiger Bestimmtheit Gegenforderungen an das feindliche Ausland stellte. Das war doch mehr als ein Erstrebendes des Friedens von unsern Feinden durch Abrücken von den „alldeutschen“ Forderungen, also ein einseitiger deutscher Akt, wie ihn die Friedensentscheidung darstellt. Zu leger und höchster Klarheit hat nun die Regierung selbst den Gedanken des Ausgleichs und der Gegenseitigkeit gebracht. Wir haben schon neulich gesagt, daß der erste Artikel der Münchener Neuesten Nachrichten über Belgien nur zu denken sei als die Aufforderung an England, die auf Kosten der Türkei gemachten Eroberungen herauszugeben, wenn wir Belgien räumen sollten. Der zweite Artikel der Münchener Neuesten Nachrichten bestätigt diese Auffassung ausdrücklich. Es wird in ihm gefordert die Herausgabe sämtlicher deutscher Kolonien (also auch Deutsch-Südwestafrika und der Südpazifik), herausgabe der in Mesopotamien, Syrien und Arabien besetzten Gebiete, Aufhebung der Amerikaner Ägyptens, und wir erfahren die interregane Reueigkeit, daß in der türkischen Antwort an den Papst, die noch nicht veröffentlicht worden ist, diese Forderungen ganz

ausdrücklich gestellt werden. Das ist eine klare und feste Politik in klarer und fester Sprache, eine Politik, die noch nicht alles angibt, was wir fordern können und fordern müssen, aber die einen klaren Fortschritt in selbstbewußter nationaler Politik gegen die Entscheidung der Reichstagsmehrheit bedeutet, die ohne an das feindliche Ausland nachdrücklich und ausdrücklich Forderungen zu stellen, diesem nur versichert, daß die Mehrheit der deutschen Volksvertretung von den „alldeutschen“ Forderungen — erhoben kraft Recht des Siegers! — nichts wissen wolle, also von stärkeren Grenzversicherungen, Kriegsentfesselungen usw.

Nicht Abmachungen, sondern die eigene Kraft.

— Aus der Pfalz, 24. Sept. Auf die Entscheidung des Bundes der Landwirte in der Pfalz zur Friedensentscheidung des Reichstages hat der Chef der Hochseifertsträfte, Admiral Scheer, folgende Antwort gegeben: „Fest in der Heimat Scholle wurzelnd, möge das deutsche Volk seine Zukunft, die es mit scharfem Schwert bisher erkämpft hat, nicht auf Abmachungen gründen, sondern auf die eigene Kraft.“

Eberfeld, 23. Sept. Beim Vorherrschen des Verbandes Weltmar der Deutschösterreichischen Partei ist vom Admiral Scheer, dem eine Entscheidung der Dörfelbacher Vertrauensmänner-Berammlung eingeschickt worden war, folgende Drohantwort eingelaufen: „Aufsichtigen Dank für Zustellung Ihrer Entscheidung. Einigkeit nach innen, Kraft nach außen. Das ist der Wahlspruch, mit dem wir des Vaterlandes Glück und Zukunft sichern.“ Admiral Scheer.“

Die deutschen Kerze an den Kaiser.

Der Deutsche Kerzevereinsbund und der Verband der Kerze Deutschlands haben an den Kaiser folgendes Telegramm gerichtet: Der Geschäftsausschuß des Deutschen Kerzevereinsbundes und die Hauptversammlung des Verbandes der Kerze Deutschlands, die Vertretung der deutschen Kerze, bitten Eure Majestät, die Befreiung unumwandelbarer Treue entgegenzunehmen. Auch die deutschen Kerze weisen den schändlichen Versuch unserer Feinde, das deutsche Volk gegen seinen Kaiser aufzuheben, mit Beachtung zurück; sie geloben, so lange der Krieg auf Dauer wird, bis zu einem guten deutschen Frieden.

Die Revolution in Rußland.

Die Maximilianisten verlangen die sofortige Aufnahme von Friedensverhandlungen.

c. Von der Schweizer Grenze, 24. Sept. (Priv.-Tel. 3 R.) Nach Korrespondenzmeldungen aus Petersburg, liegt dem heute in Petersburg zusammentretenden demokratischen Kongress ein Antrag aller maximalistischer Verbände Rußlands vor, der von der Regierung die sofortige Aufnahme von Friedensverhandlungen verlangt. Der Antrag wird unterstützt von den Arbeiter- und Soldatenvereinen in Krasnodar, Krasnojarsk, Odesa und Kiew.

c. Von der Schweizer Grenze, 24. Sept. (Priv.-Tel. 3 R.) Der „Türkischer Tagesanzeiger“ meldet: Die „Information“ bezieht sich auf Petersburg: Die Regierung ist entschlossen, den Kampf gegen die Maximilianisten aufzunehmen, deren Kühnheit von Tag zu Tag wächst. Ein Komitee der Volkswehr fordert die Soldaten und Arbeiter auf, sich vorläufig ruhig zu verhalten, solange die Regierung noch über starke und zuverlässige Kruppen verfügt. Wenn sich jetzt in Helsinki befinden und eine große Werbetätigkeit dort entfalten.

Neigung zur Disziplinlosigkeit bei den russischen Truppen in der Moldau.

c. Von der Schweizer Grenze, 24. Sept. (Priv.-Tel. 3 R.) Von besonderer Seite meldet die „Wester Nationalzeitung“: Aus Meldungen des russischen Generalstabes erfahren wir, daß in der Moldau eine starke Neigung zur Disziplinlosigkeit unter den dortigen russischen Truppen sich bemerkbar macht. Ein Tagesbefehl des kommandierenden Generals hebt hervor, daß 6 Kompanien eines Regiments sich weigerten, ihre Vertreter in den disziplinarischen Gerichtshof der Armee zu entsenden und überhaupt die Befehle der Vorgesetzten nicht auszuführen wollten. Auch ein turkomanisches Regiment weigerte sich die Rekrutarbeiten zu verrichten, für die es kommandiert war.

Herabsetzung der russischen Heeresstärke?

Berlin, 24. Sept. (Von unserem Berliner Büro.) Telegramme aus Petersburg haben in den letzten Tagen berichtet, die russische Armee würde auf ein Drittel ihres bisherigen Bestandes herabgesetzt werden. Es wird sich empfehlen, diese Meldung ernstnehmen, d. h. solange keine weitere Bestätigung vorliegt, mit Skepsis zu behandeln. Die Nachrichten der Petersburger Telegrammagentur haben sich wiederholt als irreführend erwiesen.

Deniskland und Amerika.

Sogleich bei Kriegsausbruch entzweit sich der Professor für Philosophie und Literaturwissenschaft an der Breslauer Universität, Eugen Kühnemann, nach Amerika überzugehen. Seine Absicht war, die von ihm dort als mehrmaliger Gastprofessor in amerikanischen Kreisen angestrebten Beziehungen dazu zu vertiefen, das amerikanische Publikum aufzuklären über die Gründe, die Deutschland in den Krieg geführt haben, und den englischen Verleumdungen entgegenzutreten, dort um so höheres Spiel haben müßten, als ja der deutsche Rohet nach Amerika durch England gleich bei Ausbruch des Krieges abgelehnt wurde. Daß der Gedanke, in Amerika eine Aufklärungspropaganda zu entfalten, ein sehr guter war, hat die Entwicklung der Dinge gezeigt. Daß der Erfolg sich bestrebender war, dafür ist gewiß am wenigsten Eugen Kühnemann verantwortlich zu machen. Dieser gibt in dem folgenden Aufsatz, höchst interessanten Aufsatz, das den Ausgangspunkt der gegenwärtigen Betrachtungen bildet, gemäßigten einen Rechenfortschritt über seine Tätigkeit in Amerika.

Den Schmerzpunkt des Büchleins bilden auch räumlich die Kapitel, in denen der Verfasser das Problem erörtert: Wie ist Amerika in den Krieg gekommen? Wie verhält sich das amerikanische Volk zum Krieg? Es war ihm darum zu tun, ethisch in die ganze, von uns Deutschen trotz aller bitteren Erfahrungen noch immer nicht erfasste grundsätzliche Verwickeltheit der deutschen und der angelsächsischen Denkmotive hineinzuleben — die letztere ist es, die auch das politische Amerika, seinen Präsidenten Wilson an der Spitze, ganz beherrscht —, um so zu versuchen, das Rätsel des amerikanisch-deutschen Konfliktes einigermaßen aufzudecken. Sehr unglücklich lautet keine Kritik der amerikanischen Demokratie: „Dieses ganze Staatswesen trägt den Charakter der Unrechtfertigkeit, des Mangels an Gerechtigkeit und mangelnden Verantwortungsgesühl, der Abhängigkeit von staatsfremden Bewegungskraften rettungslos in sich. Vor allem ist es in keinem Sinn, was John Russett sagt, eine Herrschaft des Volkes. In Eingebunden mit Millionen von Untertanen hat das Gewissen des Volkes gegen die Volkensprüche Einspruch erhoben: es hat nicht den geringsten Einbruch gemacht. ... Alles vielmehr ist Maschine. Die Maschine der großen Parteien bestimmt das ganze Geschehen. Das bedeutet aber, daß eine Handvoll von geschulten und oft gewissenhaften Männern die ganze Geschichte des Staates bestimmt.“ An einer anderen Stelle heißt es: „Wo war in Amerika die Volksherrschaft? Das Volk wollte in seiner übermächtigen Mehrheit den Frieden. Sie hätte sehr sicher den Krieg abgelehnt, ja den hellen Unsinns darin, daß Amerika sich in diesen Krieg hineinzog. Aber das Volk

*) Deutschland und Amerika. Briefe an einen deutsch-amerikanischen Freund von Eugen Kühnemann. München, G. O. Beck'sche Verlagsbuchhandlung G. O. Beck, 1917. (Preis gebunden 2.00 M.)

hatte keinen Einfluß auf sein Geschick. Amerika ermas sich in entscheidender Stunde als reine Selbstherrschafft seines Präsidenten. Er war es, der dafür sorgte, daß der Stoff zum Streite mit Deutschland war ausging. Jeder Uebergriff Englands wurde ruhig hingenommen. Die Russenfrage wurde nicht zur Ruhe kommen. Wilson allein gab dann nach dem Krieg seinen neuen Sinn in jezt uns wohlbestimmten fastschmerzlichen Begriffen. Es war nicht der Krieg um eine Sonderfrage werdenden Reden über die Herabsetzung des Tauchbootes, sondern der Krieg gegen die militärische Selbstherrschafft in Deutschland, für die Weltdemokratie, für Menschlichkeit und Recht, und vor allem für die Demokratisierung Deutschlands.“ Der Verfasser, der das schreibt, ist aber nicht etwa ein grundsätzlicher Gegner der Demokratie, sondern sieht das Zukunftsideal des deutschen Staates nicht in der Fortdauer des jetzigen Obrigkeitsstaates, sondern in der Entwidlung Deutschlands zum „Volkstaat“. Die echte Freiheit freilich findet er auch schon jetzt in Deutschland viel weiter verbreitet als in Amerika. Ueber das englische Denken, das auf die amerikanische Welt von so großem Einfluß ist, sagt der Verfasser: „Von England ist wahr, was sie von Deutschland sagen, daß der nackte Machttrieb als die alles beherrschende Kraft alles Leben angeseht hat. ... Im der Nacht will gilt ihnen alles erlaubt. Zu dem anmaßlichen Denken sind auch die stillen Begriffe nur eine Waffe im Kampf um die Macht. Man ergreift sie als einen Vorbehalt im Kampf. Einen solchen Vorbehalt hatte ihnen Bethmann-Hollweg mit seinem Wort über unsere Schuld in Belgien gegeben. ... Wir wissen im Kampf um die Macht, was es vor der Menge bedeutet, wenn der Gegner im stillen und rechtschlichen Unrecht befunden wird und sich gar selber ins Unrecht setzt.“

Um zu verstehen, wie es Wilson gelang, Amerika in den Krieg zu treiben, genügt es freilich nicht, sich zu vergegenwärtigen, daß das Vorurteil des angelsächsischen Staatsgedankens bis zum Humanismus gegen Deutschland stand, und nicht, daß das ganze Land und Volk seit Kriegsausbruch unter dem dichten Reg der ununterbrochen einströmenden englischen Verleumdungen, Verleumdungen und Lügen lag. Durch all das wurde zwar eine Grundstimmung der Seele des Amerikaners erzeugt, die der Kriegspolitk Wilsons einen ausnahmsfähigen Boden bereitete. Den Ausschlag aber geben doch die Rückfichten des amerikanischen Vorkriegs. Hören wir hierüber den Verfasser: „Da steht vor allem andere das Geld. Welch ein böser Geist das ist, hat die Welt vor diesem Kriege doch nicht gewußt. — ein Völkch, der ohne Bedenken Menschen und Völker frist, aber auch Ehre und Gewissen verschlingt. Es war ein Geschäft zu machen, von dessen Größe selbst das amerikanische Geschichtsbuch der Vergangenheit zur Widrigkeit herabsinkt. Und Amerika griff zu. Das Geschäft bedeutete Tod und Vernichtung von Millionen menschlicher Brüder. Es stimmte schlecht zu der amerikanischen Vorkriegslehre von der Menschlichkeit. Es opferte den weltlichen Anspruch, in dem Amerika sich als Beginn eines neuen Geschichtsabschnittes für die Menschheit sah. Denn das hatten doch die Vorkriegsgeister als die Aufgabe Amerikas erkannt und gepriesen, daß hier, fern den unsittlichen Beweidungen des alten Europa ein neuer Geist der Menschheit der herrschende Gebote aller Staatskunst werden sollte. Das alles wurde kopiert. Aber es war bares Geld.“ Mit folgendem Urteil schließt Kühnemann das Kapitel „Amerika im Kriege“: „Was Deutschland ist, mußte niemand vor dem Jahre 1914. Niemand mußte vor 1914, was Amerika wirklich ist. Jetzt aber wissen wir es: Amerika bedeutet keinen Fortschritt und keine Behre für die stillliche Welt. Es lebt um seinen Geboten einer höheren Menschlichkeit vor. Im Gegenteil! Die Sünde, die an der neuereuropäischen Kultur haftet, verleiht nirgends so schrecklich noch und ungerneht wie hier: Die blinde Geldgier als der alles beherrschende Gedanke. Sie trägt nirgends offener und verlogenere als hier das Reich ihrer Schändlichkeit in der Menschheit, die den Dienst der Menschlichkeit in Rande führt, wo kalter Vorkriegsgeist denkt und handelt. Der amerikanische Staat enthält nichts, was einem höher einmündeten und ernsthaften Volke zum Vorbild dienen könnte. ... Amerika hat keinen Beitrag geliefert zu jenem Bestand an unverbesserbarem Weltgute, von dem die Menschheit stilllich lebt. Der Genius Amerikas ist ein mechanischer Genius. Er tut keine Leistung im von den äußeren Rahmen für das Leben: er gibt keine Seele. Der Mensch, der hier eine reinere Menschlichkeit in Gesellschaft, Liebe und Freiheit ersehnt, war ein Wahn. ... Was auch noch kommen möge, ein Reich schon heute ist: wägen die Amerikaner in der neuereuropäischen Welt noch immer sich als das Salz und Fett der Erde erscheinen, die Grundsteuer kann nur fürchtbar, ja grausamhaft wirken, denn unser aller Wätern im Krieg ist, stilllich genannenen, Amerika, die am schwersten geschlagene Nation.“

Letzte Meldungen.

Die Verwundung der englischen Schiffe.

Berlin, 24. Sept. (Von unserem Berliner Büro.) Unsere U-Bootkommandanten stellen neuerdings ein bemerkenswertes Ratwerden und Nachlassen der englischen Schiffe fest, was man wohl mit gutem Grunde auf die Wundungen unserer U-Bootwaffe zurückführen dürfte. Die englischen Patrouillenschiffe vermindern sich immer mehr. Reparaturen, die längst fällig sind, werden nicht mehr ausgeführt, wodurch sich Schiffe mit abgebrochenen Rosten und angefallenen Schornsteinen. Auch die kleinen Verwundungsjahrgänge vermindern immer mehr von der See. Man führt das auf die außerordentlichen Verluste gerade in diesen Schiffsflotten zurück. Nebenher ist eine große Sparankheit im Gebrauch von Munition wahrzunehmen, in der man einen Mangel an Munition sieht. Sehr groß sind außerdem die Rängel in der Deposition des Patrouillendienstes auf See. Ein Dampfer, der neulich von uns 5 Stunden hindurch verfolgt wurde, erhielt trotz aller Hilfsmittel von seiner Seite Unterstützung in seiner Not.

„Enthaltungsbefehle“.

Berlin, 24. Sept. (Von unserem Berliner Büro.) Unsere Feinde haben sich neuerdings ganz und gar auf die „Enthaltungsbefehle“ geworfen. Auch die Japaner wollen ansehend jetzt in der Beziehung nicht mehr zurückbleiben und beginnen zu „enthalten“, wir hätten seit 1905 Amerika, Japan, China usw. gegeneinander zu verhalten verhalten. An all dem Gerabe ist kein wahres Wort. Von dem, was in den letzten Tagen über den Verkauf von Pulver an Holland und die Tätigkeit des Herrn von Siegel berichtet worden ist, wird man sagen dürfen: „alle Kamellen“. Am allerwenigsten hat wohl Amerika nach der Richtung Grund, sich zu beschweren, inwiefern es doch wohl nachgewiesen ist, daß bereits seit 1914 Amerika im Verein mit England gegen Deutschland spionierte bot.

Gründung einer deutsch-amerikanischen Liga.

c. Von der Schweizer Grenze, 24. Sept. (Priv.-Tel. 3 R.) Der „Wester Nationalzeitung“ zufolge meldet die „Times“ aus New York, die Vertreter von neunzig deutsch-amerikanischen Organisationen vereinigten sich zu einer Konferenz, in der beschlossen wurde eine deutsch-amerikanische Liga zu gründen, deren zwei Hauptaufgaben sein sollen: zu kämpfen für eine demokratische Regierung in Deutschland und alle Amerikaner deutschen Ursprungs aufzufordern, sich in einer lokalen Vereinigung zusammenzuschließen. Die amerikanische Presse begleitet diese Bestrebungen mit höchlichem Interesse und freundlicher Teilnahme.

Neue Einberufungen in Amerika.

c. Von der Schweizer Grenze, 24. Sept. (Priv.-Tel. 3 R.) Wie die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet berichtet „Daily Telegraph“ aus Washington, die Einberufung weiterer 500 000 Rekruten steht bevor. Die Regierung bereitet besondere Maßnahmen gegen die Deutsch-Amerikaner vor, die sich von der Dienstpflicht wehren wollen. Sie werden die amerikanischen Bürgerrechte verlieren und der Regierung soll es freistehen sie auszuweisen oder zu deportieren.

Berlin, 24. Sept. (Priv.-Tel.) Der Deutsche Reichstag will es bei der beabsichtigten Sabotagepolitik für nötig, einen Betrag von vorläufig zwei Millionen Mark zum Einkauf von Dynamit zu verwenden. Reichsrat Vorstands-Gemeinden haben schon ähnliche Beschlüsse der Reichstages Abgeordneten herbeigeführt.

